

VERTRAULICH

PB NR. 9 - KH/ZW



Oslo, 11. November 1992

Sitzung des Nordischen Rates in Aarhus zum Thema "Nordische Zusammenarbeit im Rahmen des EWR und im Hinblick auf EG-Beitritt".

1) Die Sitzung war wohl nicht zufällig auf den dem Parteitag der norwegischen Sozialdemokraten unmittelbar folgenden Tag anberaumt worden: mit dem Beschluss, auch die norwegische Regierung solle ein Gesuch um Aufnahme von EG-Beitrittsverhandlungen stellen, haben nun alle nordischen Noch-nicht-Mitglieder (mit der kaum ins Gewicht fallenden Ausnahme Islands) gleichgezogen und können sich daran machen, ihre künftige Zusammenarbeit im Lichte der kommenden Beitrittsverhandlungen bzw. einer gelegentlichen EG-Mitgliedschaft neu zu überdenken.

2) Da Norwegen gegenwärtig den Vorsitz im Nordischen Rat ausübt, fiel es Premierministerin Brundtland zu, in einem Grundsatzreferat entsprechende Thesen zu formulieren. Sie sagte im wesentlichen folgendes: die bisherige nordische Zusammenarbeit kann die weitere Integration in Europa nicht ersetzen, sie wird aber im Falle eines EG-Beitritts auch nicht hinfällig; sie kann dann im Gegenteil dazu dienen, die "nordischen Interessen" als gemeinsame Plattform in die Arbeiten der EG einzubringen und zu verteidigen. Nachdem die letzte Erweiterung der EG eine "Süd-Erweiterung" war, wird die nächste eindeutig eine "Nord-Erweiterung" sein, und die nordischen Staaten werden, entsprechend, der EG zu erneuerter, grösserer Vielfalt verhelfen.

3) In den Gesprächen der Premierminister Norwegens, Schwedens, Finnlands und Dänemarks stiess offenbar eine norwegischerseits geäusserte Anregung zu gemeinsamer Koordination oder doch wenigstens zu regelmässigem Informations-Austausch über den Gang der (bilateralen) Beitritts-Verhandlungen nicht auf spontane Begeisterung. Nach norwegischer Ansicht sollten die Verhandlungen (zwar bilateral, aber) weitmöglichst parallel geführt werden; auf einer Reihe von Gebieten liesse sich die Position der drei nordischen Kandidaten gegenüber Brüssel durch Koordinierung verbessern und stärken: Landwirtschaft, regionale Entwicklungs- bzw. Stützungspolitik, soziale Fragen. Fischerei und Erdöl hingegen seien eindeutig spezifisch norwegische Probleme, die Oslo allein mit Brüssel durchstehen müsse. (Es dürfte vor allem Premierminister Bildt sein, der mit Bezug auf eine "nordische Koordination" der EG-Beitrittsverhandlungen mentale Reserven hegt: für ihn sind die Norweger, wegen der, gemäss Meinungsumfragen, noch immer wachsenden Gegnerschaft eines EG-Beitritts, "Bremsen" auf dem von ihm gewünschten Schnellzug nach Brüssel.)

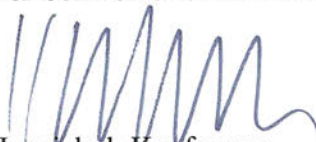
4) Der dänische Premier scheint seinen drei Kollegen aus Norwegen, Schweden und Finnland zugesagt zu haben, dass, allen gegenteiligen Statements aus Brüssel zum Trotz, die "informellen" Beitrittsverhandlungen unter dem dänischen Vorsitz schon bald nach Jahresbeginn 1993 in Gang kommen können. (In Oslo vermutet man dahinter nicht nur "freundschaftliche Regungen", sondern auch die Hoffnung auf Rückenstärkung für die dänische Sonderposition mit Bezug auf Maastricht: die andern nordischen Staaten - vielleicht mit Ausnahme Schwedens - hegen dieselben Idiosynkrasien gegen eine allzu weitgehende "Union-isierung" wie die Dänen.)

5) Die norwegischen EG- bzw. EWR-Gegner unter den Parlamentariern, die Teil der norwegischen Delegation in Aarhus ausmachen, versuchten ihren "psychologischen Krieg" gegen EWR und EG-Beitrittsverhandlungen auch auf dem Forum des Nordischen Rates auszutragen (eine Abgeordnete der norwegischen Sozialistischen Linkspartei ergriff das Wort und beschuldigte Frau Brundtland, sie "überfahre auf dem Weg nach Brüssel die Parlamentarier wie ein Verkehrs-Rowdy"); sie kamen aber dabei schlecht an: ihre Polemik wurde von den andern Delegationen als "dem Geist des Nordischen Rates zuwiderlaufend" kritisiert; es handle sich hier um ein Problem der norwegischen Innenpolitik, und dieses gehöre nicht vor den Rat.



6) PS: Der bereinigte norwegische Fahrplan für das Gesuch um die Aufnahme von EG-Beitrittsverhandlungen sieht wie folgt aus: am 16. November wird die Regierung dem Parlament Bericht erstatten über die Absicht, ein solches Gesuch in Brüssel einzureichen; am 19. November findet eine entsprechende parlamentarische Diskussion statt; und am 20. November wird die Regierung über das Gesuch formell beschliessen; so bald wie möglich darauf wird Premierministerin Frau Brundtland das Gesuch persönlich dem britischen Ratsvorsitzenden Major überreichen.

Der Schweizerische Botschafter



Hansjakob Kaufmann

Kopien gehen an:

- Botschafter Spinner, Integrationsbüro
- Botschafter Rossier, Mission Genf
- Botschafter von Tschärner, Mission Brüssel